Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

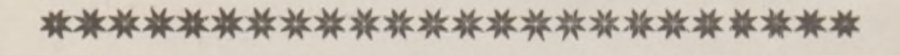
Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 56. VII. BAND 10. April 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.



****

Nr. 56. 10. April 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Ein alter Köder des neuen Russland.

Die neue russische Regierung hat auf ihr Polenprogramm nicht lange warten lassen. Sie hatte es auch nicht nötig, zu warten. Sie hat aus den Archiven das alte Polenprogramm der früheren reaktionären Programme herausgeholt und mit neuen Worten aufgefrischt. Und so entstand ein Aufruf an die Polen, in dem nichts fehlt, was die Demagogie und die Unaufrichtigkeit der bisherigen Versöhnungspolitiker hervorgebracht hat. Es wird also die Errichtung eines polnischen Reiches versprochen, das sämtliche Teile des ehemaligen Königreichs umfassen soll. In Polens Hauptstadt soll der neue Staat durch eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts selbst Entscheidung über seine Regierung treffen. Nur stellt dabei das neue Russland zwei Bedingungen auf: 1) Polen müsse mit Russland in Militärunion verbunden sein, 2) „die konstituierende russische Versammlung" wird die neue Union endgültig zu befestigen haben, sie wird ferner ihre Zustimmung zu den Gebietsveränderungen des russischen Staates erteilen müssen.

In unserem ersten Aufsatz über die russische Revolution haben wir hervorgehoben, dass in der Polenfrage zwei Anschauungen einander gegenüberstehen: die von Miljukow und von Kerenskij. Kerenskij hat mehrmals für die Unabhängigkeit Polens das Wort ergriffen; Miljukow dagegen hatte sich immer für die Union Polens mit Russland ausgesprochen und verlangte, dass die entsprechende Neuordnung erst von der Reichsduma genehmigt werde. Die jetzt erlassene Proklamation beweist unumstösslich, dass im Meinungskampf Kerenskij

unterlegen und Miljukow als Sieger hervorgegangen ist. Vorbei ist der edle Idealismus eines Kerenskij, und sollte es seinen sämtlichen idealistischen Anschauungen so ergehen, wie in der Polenfrage, so werden die letzten Bekenner des russischen Idealismus eine grosse Enttäuschung erleben. Die Bedingung, dass Polen mit Russland durch eine Militärunion verbunden bleibe, ist nichts anderes, als das alte Miljukowsche Verlangen, Polen an Russland angegliedert zu sehen; die zweite Bedingung, dass die russische Konstituante die neue russisch-polnische Union zu befestigen und die Grenzen des polnischen Staates zu bestimmen haben wird, bedeutet die Auslieferung Polens in die ungewissen Hände einer national-chauvinistischen Versammlung, die, wenn sie überhaupt zusammentreten wird, erfahrungsgemäss wenig Neigung zeigen wird, zur freiwilligen Herausgabe eines seit einem Jahrhunderte geknechteten Landes, und dann erst gewiss ohne das Gouvernement Chełm usw. Herr Miljukow verschiebt eben die Abgrenzung zwischen Russland und Polen, um einstweilen Zeit zu gewinnen, bis der erste freiheitliche Rausch des russischen Volkes vorüber sein wird, wonach eine Ernüchterung und der nationale Egoismus die Oberhand nehmen werden. Diese Heuchelei wird übrigens nicht einmal besonders versteckt; in der Proklamation wird ausdrücklich von einer „Union Polens mit Russland“ gesprochen.

Die Mehrheit der Polen will aber keine Union mit Russland, sondern die volle Unabhängigkeit. Gegen eine Union mit Russland und nur für die Unabhängigkeit haben Geschlechter gekämpft, Märtyrer gelitten, Genies ihr Herz in die Wagschale geworfen. Nur eine militärische Union verlangt die russische Regierung von den Polen, sonst verspricht sie ihnen volle Freiheit. Volle Freiheit, nur durch eine militärische Gemeinschaft und durch die Person des Herrschers mit Russland verbunden, besass ja Polen von 1815 bis 1830. Alexander I., der dieses goldene Zeitalter einleitete, war ja

auch seinerzeit Abgott der Liberalen, ein ganzer Schwärmer und fast ein halber Republikaner; es genügte das russische Gift, das ein einziger Russe, Nowosiltzow, Polen eintröpfelte, um die gegenseitigen Beziehungen bis zu einer Revolution gedeihen zu lassen. Schon damals, in den zwanziger Jahren, haben polnische Patrioten mit den ersten russischen Liberalen, nämlich mit den Dekabristen, Beratungen gepflogen, aber sie haben sich überzeugt, dass diese übrigens sehr edlen russischen Patrioten auch den polnischen Standpunkt nicht verstehen konnten, besonders dass sie die Rechte des Polentums in Litauen nicht anerkannten. Seither ist die Unabhängigkeit des polnischen Staates zum Dogma jedes Polen geworden, und dafür sind Ströme von Blut geflossen. Eine Union mit Russland kann nie das Ziel des polnischen Volkes sein.

Russland will aber das naturgemässe Bestreben des polnischen Volkes zur Selbständigkeit nicht anerkennen. Das zaristische Russland war für eine unbedingte Unterjochung, das freiheitliche ist — nicht etwa für eine Militärkonvention, sondern für eine Militärunion. Und der gewaltige Volkstribun Kerenskij, der noch vor einigen Monaten in der Duma gegen jedwede Bindung Polens losdonnerte, unterfertigt diesen Akt, samt Herrn Gutschkow, der unlängst sogar gegen eine Autonomie Polens sich sträubte, und samt Herrn Miljukow, der den gleichen sauren Wein nur in neue Schläuche umgiesst.

Es mag sein, dass unter den Polen sich hie und da Köpfe finden werden, die sich von diesem Wein berauschen lassen. Nicht in ihren Händen liegt aber tatsächlich die Entscheidung über die Polenfrage und nicht in den Händen der gegenwärtigen St. Petersburger Machthaber, sondern in den Händen der Zentralmächte und derjenigen Polen, die in der Heimat sich nicht dem Rausche grosser Worte, sondern der schöpferischen Arbeit und dem Aufbau des polnischen Staatswesens hingeben. Diese Faktoren vollziehen Taten

und nur Taten werden vor dem Weltgericht der Geschichte — auch derjenigen Geschichte, die auf den zukünftigen Friedensverhandlungen gemacht werden wird — bestehen. Es gibt gewiss unter den russischen Revolutionären idealistische Geister; aber nicht sie, sondern geriebene Realpolitiker wie Miljukow, führen das Ruder der russischen Reichspolitik. Um was es sich bei ihnen handelt, hat der Korrespondent des „Corriere della Sera“ (lt. „Neue Züricher Zeitung“ vom 1. April ds. J.) ausdrücklich bezeugt. Der Artikelschreiber verrät, dass der Vierverband grenzenlose Angst hat, „dass Deutschland nicht dort seinen Sieg finde, wo man am wenigsten vermutet habe, das es ihn suche: im Nationalitätenprinzip und in der Wiedererrichtung eines freien polnischen Staates“. Das ist der Hauptfaktor der französisch-englisch-russischen Polenliebe; wir wissen übrigens, dass die letzte russische Proklamation durch eine gewisse Denkschrift aus Lausanne gefördert wurde, die auf die Gefahr der entstehenden polnischen Armee hinwies.

Das bleibt aber das entscheidende, dass die Zentralmächte und nicht die Entente das Nationalitätenprinzip und die Wiedererrichtung eines freien polnischen Staates in ihr Programm aufnahmen und zu verwirklichen begannen. Sollten manche Polen, die die Geschichte nicht kennen, sich von den russischen Lockungen hingezogen fühlen, so haben es die Zentralmächte in ihrer Hand, das Nationalitätenprinzip im Bereiche ihrer Macht und den polnischen Staat zur vollen Geltung kommen zu lassen. „Wir wollen einen polnischen Staat, eine polnische Armee und einen polnischen König“! So klang es in Warschau schon im Mai vorigen Jahres, so ertönt es in den letzten Tagen, besonders in verschiedenen bäuerlichen Versammlungen. Der vollständige Aufbau des polnischen Staates mit der eigenen Dynastie an der Spitze drängt sich von Tag zu Tag als historische Notwendigkeit auf, deren Verschiebung nichts Gutes mit sich bringen kann. Es liegt ein gesunder Instinkt in den Besorgnissen der Entente vor der Entste-

hung eines wirklich freihen Polenstaates: die Logik der Verhältnisse führt unabweislich dazu, dass dieser Staat ein Verbündeter der Zentralmächte und nur der Zentralmächte sein kann. Wenn der Vorwurf erhoben wird, dass in ihm sich etwa russenfreundliche Neigungen geltend machen können, so besteht doch die absolute Vorbeugung, nämlich, die Ausdehnung dieses Staates gegen den Osten, in Verbrüderung mit den dort wohnenden Völkerschaften, deren Eigenart auch das freiheitliche Russland nicht anerkennt; die Weissruthenen nämlich werden von Miljukow und Genossen durchaus als Zweig des grossrussischen Volkes betrachtet und mit keinem einzigen Worte haben die gegenwärtigen Petersburger Machthaber die Existenz der Weissruthenen, als eines besonderen Stammes, anerkannt. In dem Komplex dieser Verhältnisse liegt der Faden zu einer besseren Zukunft, der sie auch endgültig mit dem Schicksal der Zentralmächte bindet. Wenn dieser Faden in die Hände eines polnischen Herrschers gelegt wird, so entsteht mit einem Male eine klare, allen Polen voranleuchtende Lage. Dann wird es kein Zaudern und kein Hinneigen zu russischen Plänen geben. In der gegenwärtigen ungeklärten und unverbindlichen Situation denkt jeder Pole, was er will; wenn aber an der Spitze ein polnischer König gestellt wird, so wird jeder zum Russentum neigende Pole ein Staatsverräter. Die neue russische Regierung hat auf ihr Polenprogramm nicht warten lassen; es gibt aber Mittel und Wege, um dies Programm zunichte zu machen und auf dessen Trümmern ein siegreiches Mitteleuropa mit Polen als freien Bundesgenossen aufzurichten.

Dr. Friedrich Naumann: Deutsche und Polen.

Vorbemerkung der Redaktion: Mit gütiger Erlaubnis Dr. Naumanns veröffentlichen wir aus seinem demnächst bei Georg Reimer, Berlin, unter dem Titel: „Was wird aus Polen?" erscheinenden Polnischen Tagebuch den Abschnitt über das Verhältnis der Deutschen und Polen:

Warschau, im März 1917.

Am 4. August 1915 fiel Warschau in deutsche Hände. Man sieht hier, wenn man nicht sucht, nichts von den äusseren Spuren des Kampfes. Das Stadtbild im Ganzen ist noch dasselbe wie in russischen Zeiten. Mir tut es sehr leid, Warschau nicht vor dem Kriege kennen gelernt zu haben, auch ein Zeichen unserer allzusehr bloss westwärts gerichteten früheren Interessen. Selbstverständlich kann ich von dem ganzen Inhalt der Millionenstadt nur langsam eine Ahnung bekommen, so viel aber liegt offen zutage, dass der russische Charakter nur an einigen Stellen, besonders in kirchlichen Bauwerken, sich deutlich macht, dass aber für die künstlerische Gestaltung der Stadt die sächsische Periode im 18. Jahrhundert wohl wichtiger gewesen ist als die russische im 19. Jahrhundert. Wird es nun eine eigene polnische Gestaltung im 20. Jahrhundert geben?, das ist ein Teil der Frage, die hier die Menschen beschäftigt.

Ich versuche, mir aus dem äusseren Eindruck der Stadt mit Hinzunahme von Gelesenem und Erzähltem eine Vorstellung ihrer bisherigen geschichtlichen Art zu machen. Sie besitzt Naturanlage zur Grösse, hat aber ihren Tag noch nicht gefunden. Man braucht sie nur in Gedanken mit Budapest zu vergleichen, um sich vorstellen zu können, welche Aufgaben in dieser Stadt eine eigene Regierung noch vor sich hat. Nicht als ob etwa jetzt die Merkmale der Wohlhabenheit, des Aufstieges und des gewerblichen Fleisses fehlten! Sie sind trotz des Krieges sichtbar genug, aber noch lebt hier viele ungeformte Masse, es fehlt der emporhebende

eigene Wille, der Veraltetes beseitigt und grosse neue Linien zieht. In diesem Sinne mag das einstige alte Berlin diesem alten Warschau geglichen haben. Wenn Warschau einmal in der Zukunft einen König besitzt, und wenn dieser König ein Aufbauer ist, der mit dem Volke zusammen einen starken, glänzenden Mittelpunkt zu schaffen versteht, dann trägt das weite, aufsteigende Land Polen seine Schätze und Kräfte hierher, um von hier aus mit Glanz, Einheitsgeist und Arbeitsaufträgen gefüllt zu werden. Die Sache liegt offenbar nicht so, als ob die Russenzeit eine Art grosser Ruine hinterlassen hätte; sie hinterliess eine starke, bisher gehemmte und zurückgedrängte Möglichkeit der nationalen Entfaltung. Warschau ist grosses Halbfabrikat für eine künftige politische Zentrale.

* *
*

Vom deutschen Standpunkt aus ist das Aufsteigen eines neuen polnischen Lebens dringend zu wünschen, denn nur ein erfolgreiches, tatenfrohes, fortschrittliches Polen wird eine dauernde, klare Grenze zwischen sich und Russland ziehen. Die russische Zeit muss möglichst bald als die „vergangene Zeit" erscheinen. Das, was ich schon so oft von unseren österreichischen, ungarischen und bulgarischen Bundesgenossen gesagt habe, dass ihr Wachsen und Gedeihen, ihre zukünftige wirtschaftliche und kulturelle Grösse unser allereigenstes dringendes Interesse ist, wiederhole ich hier angesichts der polnischen Königstadt: als ein Deutscher, der zuerst in aller Welt deutsch ist und sein will, nicht als Weltbürger und nicht als Freund, sondern als nationaler Deutscher wünsche ich dieser Stadt und dem hinter ihr lagernden Lande politisch-wirtschaftlichen Aufstieg.

Das aber passt wenig zur bisherigen Praxis und muss darum noch etwas genauer begründet werden.

Die Zeit, in der sich Deutschland und Russland über die Polen wie über ein Objekt verständigen konnten, ist vorbei, seit beide Mächte sich streiten. Die Auflösung der traditionellen Monarchenfreundschaft

zwischen Berlin, Wien und Petersburg gibt den Polen viel mehr eigene Bewegung und macht ihren Willen zu einem politischen Faktor. Das hätte man sich bei uns aus logischen Gründen schon seit 1878 oder wenigstens seit 1890 sagen können, hat es aber im allgemeinen noch nicht getan. Für unsere deutsche Politik wäre es besser gewesen, wenn bei Aufhören des alten Dreikaiserbündnisses sofort eine entsprechende Umstellung in der Polenfrage vorgenommen worden wäre. Bismarck tat es nicht, weil er die russische Hand noch immer gern festhalten wollte, und seine Nachfolger taten es auch nicht, weil — sie oft nur Dinge bearbeiteten, die sich von selbst ihnen aufdrängten. Auch war in politisch wichtigen deutschen Kreisen bis vor dem Krieg eine gewisse deutsch-russische Gemeinschaftsidee noch nicht völlig erloschen. Nun aber haben sich die Nebel verzogen, und man sieht den Aufmarsch der Gegenwart und Zukunft: einen langen, harten, unglaublich gewaltigen Kampf zwischen Osteuropa und Mitteleuropa. Dieser Kampf kann in der Zukunft zeitweise vielleicht durch Friedensschlüsse und Verträge gemildert und unterbrochen werden, aber solche wünschenswerten Zeiten werden leider nach aller menschlichen Voraussicht doch nichts anderes bleiben als Erholungspausen. Sicherlich wird kein deutscher Staatsmann von jetzt an seine Zukunftsrechnung auf Petersburger Freundschaft zu gründen in der Lage sein. Das aber heisst: der gegenwärtige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der Generalgouverneur v. Beseler vertreten mit ihren polnischen Bestrebungen eine deutsche Notwendigkeit. Ihre Polenpolitik ist bei jetziger europäischer Lage die deutsche nationale Politik im Osten.

* * *

Den Polen selbst ist die innere Notwendigkeit der Umänderung der deutschen Politik gegenüber Polen im allgemeinen noch nicht aufgegangen, sie halten vielfach die gegenwärtige Wendung nur für ein Zwischenspiel oder ein Kriegsmanöver. So vorsichtig und schonend

sie auch aus naheliegenden Gründen darüber sprechen, so ist offenbar ausserhalb des Kreises der eigentlichen aktivistischen Politiker ein beträchtliches Misstrauen vorhanden. Dieses Misstrauen, das sich als „Passivismus“ äussert, braucht gar keine russophilen Züge an sich zu tragen, es kann in ihm sogar ein gewisses Mass von Freundschaft für deutsche Technik oder Kultur verborgen liegen, es ist oft seinem Wesen nach nicht Gegensatz, sondern nur Unglaube. Man traut dem Deutschen nicht zu, dass er es mit der Proklamation des polnischen Staates ernst meint, ein Zweifel, der von deutscher Seite oft gewaltig übel genommen wird, für den aber geschichtliche und menschliche Erklärungen vorhanden sind.

Es scheint mir nötig, über diesen Punkt offen zu reden, weil hier nur durch Offenheit beiderseits etwas mehr Verständnis gewonnen werden kann.

Was der Pole, soviel ich sehe, dem Deutschen nicht zutraut, ist eine Politik der internationalen Grossherzigkeit (Generosität), die nur um der Idee der Freiheit und der Nationalität willen ihm freiwillig und ohne eigene Interessen einen eigenen Staat schenkt. Darin hat er auch in der Hauptsache recht, und niemand von uns hat behauptet, dass wir inmitten der unglaublichsten Anspannungen aller unserer Kräfte deutsches Blut vergiessen, damit die Polen ohne eigene Opfer ihren Staat geschenkt bekommen. Das würde unser deutsches Volk nicht verstehen, und wenn eine andere Nation je behaupten wollte, eine ähnliche übermenschliche Generosität zu üben, so würden wir es nicht glauben. Hier aber beginnt schon die Trennung der Ansichten, denn der Pole glaubt an derartige Möglichkeiten. Er hat von der Politik vielfach romantische und idealistische Vorstellungen, nach denen er die Gegenwartserscheinungen beurteilt. Er hat sich literarisch in eine tragische Rolle hineingelebt, als sie ihm gegenüber wegen seiner grossen vergangenen Leiden nun die Welt zu einer ganz besonderen moralischen Leistung verpflichtet.

Es war eines Tages, dass ich aus polnischem Munde eine Ansprache darüber hörte, welche Verpflichtungen die europäischen Völker im ganzen und Deutschland im besonderen gegenüber dem Märtyrervolke der Neuzeit haben. Ich stellte die Gegenfrage, ob es sicher sei, dass im umgekehrten Falle, wenn nämlich die deutsche Freiheitsbewegung misslungen wäre, unser zertretenes deutsches Volk von den Polen aus Generosität gerettet worden wäre? Dieser Fall war nicht so undenkbar, wie er heute aussieht, sobald man nur etwa annimmt, dass Friedrich II. von Preussen im Siebenjährigen Kriege unterging, dann konnte die Verteilung der Kräfte anders liegen; was würde dann Polen getan haben?

Da es nun aber der Pole war und nicht der Deutsche, der in der von Osten und Westen kommenden Zusammenpressung Mitteleuropas zuerst zerbrach, so musste er die Gefühle des Bedrückten bekommen, nämlich auf der einen Seite die des Revolutionärs und auf der andern die des Moralisten. Entweder wollte er selbst einmal die Kellertüren aufbrechen, oder der Befreier sollte sie ihm mit Glanz und Glorie öffnen. Das letztere haben nun die Deutschen und Oesterreicher nicht so getan. Sie kamen ohne Sentimentalitäten, kriegshart und rauh, betrachteten ihn zunächst als einen Vertreter der russischen Kriegsmacht und als Gegenstand der Okkupation. Ein solches Vorspiel der Befreiung widersprach jedem Traum des Gebundenen, und es ist psychologisch nicht verwunderlich, dass der Pole sagt: „So sieht der Befreier nicht aus, so nicht!"

Weil nun also der Befreiungstraum hart gestört wurde, so glaubt im Durchschnitt der Pole bis heute überhaupt nicht an den ehrlichen Willen der Deutschen, ihm eine staatliche Selbständigkeit geben zu wollen. Die blosse Versicherung, es sei dennoch sehr ernst gemeint, wird auch wenig Eindruck machen, bis die Polen begreifen, dass die Deutschen aus ihren eigenen Interessen heraus notwendig ein starkes selbständiges Polen wünschen und erstreben müssen.

Wie aber soll der Pole das begreifen, wo es doch sehr viele Deutsche noch nicht begriffen haben?

* *
*

Man kann hier von deutschen Soldaten aller Grade recht kräftige Aeusserungen über die Undankbarkeit der Polen hören, die sich des grossen Entgegenkommens der zwei mitteleuropäischen Kaiser nicht würdig erwiesen haben. Dabei wird gewöhnlich hinzugefügt, dass man zwar in der Politik eine dauernde Dankbarkeit überhaupt nicht erwarte, dass aber wenigstens zurzeit das Echo auf die Proklamation vom 5. November 1916 ein anderes hätte sein müssen.

In dieser deutschen Kritik des polnischen Verhaltens ist Richtiges und Unrichtiges gemischt. Richtig ist sachlich, dass es für das Gelingen des staatlichen Aufrichtungswerkes viel besser wäre, wenn in den Polen ein starker politischer Instinkt für volles Ergreifen des deutsch-österreichischen Angebotes hervortrat. Ein geschichtlich klar empfindendes Polen musste alle anders gefärbten Erwartungen und Wünsche zunächst beiseite schieben und möglichst einmütig und deutlich sagen: Wir erfassen die Zeitlage und sind bereit, mit allen Kräften den Versuch zu machen! Einzelne hervorragende Männer haben das getan, und wenn einmal alles zu einem guten Ende geführt sein wird, wird man diese Männer, die Aktivisten des Staatsrates, als Retter des Vaterlandes ansehen. Dass man sie so wenig unterstützte und ihnen ihr Wagnis heimlich und öffentlich erschwerte, war ein objektiver Fehler, der sich vielleicht schwer rächen wird.

Unrichtig aber an der deutschen Kritik ist, dass sie von einem Volke, das bisher nur eine Politik des Protestes kennen konnte, mit einem Male einen fast übermenschlichen Wirklichkeitssinn erwartet und verlangt. Diejenige entgegenkommende Stimmung, die von den Polen gefordert wird, kann nur Folge vertieften Nachdenkens und starker geschichtlicher Bildung sein. Woher aber soll diese gerade in Polen kommen, das

aus russischen Händen hervorgeht und vom Deutschtum nur diejenigen Vorstellungen haben kann, die ihm von den Zeitungen der russischen Zeit, von den Klagen der preussischen Polen und von den Eindrücken der militärischen Okkupation beigebracht wurden?

Auch muss man hinzunehmen, dass zwar beim deutschen Heere der Glaube an den deutschen Sieg etwas Selbstverständliches und über allen Zweifel Erhabenes ist, dass aber die Polen nach ihrer Erziehung und früheren Lebenserfahrung sich diesen Glauben nur schrittweise und mit allerlei Vorbehalten erwarben. Für sie ist der Krieg noch in der Schwebe, die wirkliche Entscheidung ist noch nicht gefallen, und infolge davon entbehrt ihr politisches Handeln der gesicherten Grundlage. Sie denken oder dachten, es könne mit Warschau umgekehrt ebenso gehen wie mit Lemberg, das aus einer militärischen Hand in die andere glitt. Soll man nun, so fragen sie, sich auf Gedeih und Verderb mit einer Macht verbinden, die möglicherweise um eines Friedensschlusses willen Polen doch wieder aufgeben muss?

Diese Bedenken sind, wie ich wiederhole, sachlich falsch, aber sie sind verständlich. Sachlich sind sie falsch, weil der neue Staat auf keinen Fall durch Abwarten und Unentschiedenheit entsteht. Wie einst die Revolution ein Wagnis war, so ist es heute der Bund mit den Mittelmächten, aber gewagt muss werden. Einmal nach hundert Jahren bietet der Weltgeschichtsgang den Polen die Möglichkeit, einen eigenen Schritt zu tun. Natürlich ist diese Möglichkeit nicht hypothekarisch sicher, natürlich ist sie mit Zweifeln und peinlichen Empfindungen umhangen, aber wer sie vorübergehen lässt, der unterlässt eine vaterländische Tat. Mit seinem Zweifel erhöht er die Zweifelhaftigkeit der Sache. Das ist es, was der einfache deutsche Soldat im Grunde richtig herausfühlt.

* * *

Im allgemeinen höre ich überhaupt von den Glie-

dern der deutschen Armee und Verwaltung nicht übermässig viel gutes von den Polen. Das beruht zu allererst auf Gegenseitigkeit, dann ist es unvermeidliche Okkupationsfolge, aber es kommt doch noch einiges Weitere hinzu.

Der deutsche Soldat sagt sich, dass er nach der Proklamation der zwei Kaiser für die Aufrichtung des Staates Polen an die Front geht. Solange er denkt, dass Polen entweder zur Erhöhung der militärischen Sicherheit annektiert oder für andere Entschädigungen an Russland zurückgegeben wird, solange ist ihm nach einfacher Soldatenlogik die Sache klar. Wenn aber Polen, wie er jetzt argwöhnt, nicht zu deutschem Nutzen verwendet, sondern den Polen ohne Gegenleistung geschenkt werden soll, dann fragt er sich: Welchen Grund sollte ich haben, mich zugunsten der Polen dem Tode auszusetzen? Diese Art der Fragstellung ist falsch, denn sie übersieht das deutsche eigene Interesse an der Herstellung des neuen Staates, aber immerhin der deutsche Soldat fühlt sich als den, der die Opfer bringt, während ein grosser Teil der waffenfähigen polnischen Jugend zu Hause sitzt.

Die Tatsache, dass sich zur polnischen Armee so wenig Freiwillige gemeldet haben, ruft bei den kämpfenden Truppen geradezu Verachtung hervor. Die Deutschen sind sich ihrer eigenen blutigen Leistungen bewusst und begreifen nicht, wie eine Nation, die den Anspruch auf eigenes Staatsleben erhebt, so tatenlos zusehen kann, wenn andere für sie kämpfen. Dabei erscheint dem deutschen Soldaten alles das als blosse Ausflucht, was der Pole vorbringt, um seine militärische Untätigkeit zu verteidigen. Ob der Eid so oder so lautet, ob die Aufforderung zum Eintritt ins Heer vom Staatsrat ausgeht oder nicht, das mag theoretisch wichtig sein, jetzt aber ist keine Zeit für Theorien: wo steht die polnische Armee?

Es waren einige deutsche feldgraue Familienväter, die etwa folgendes zu mir sagten: „Zu Hause haben

unsere Frauen und Kinder keine Butter und fasst kein Fleisch, hier aber füttert sich die Gesellschaft noch wie im Frieden!“ Daran ist etwas Wahres, wenn man an den zahlungsfähigen Teil des polnischen Volkes denkt. Der ärmste Teil des Volkes hungert in Polen stärker als bei uns, weil hier eine geregelte Kartenversorgung nicht fertiggebracht werden kann, aber alle Schaufenster liegen noch voll Herrlichkeiten, die man in Deutschland vergeblich sucht. Durch die Strassen mit diesen Schaufenstern marschiert der Feldgraue nach Osten, um dort am polnisch-russischen Schützengraben zu stehen.

* * *

Auf der Eisenbahn zwischen Łódź, Łowicz und Warschau fahre ich mit einer blonden Grossgutsbesitzersdame, die über ihre Kriegserlebnisse spricht: „Als der Krieg ausbrach, hatten wir 87 Kühe, ich aber konnte nur eine halbe Tasse Milch für mein kleines Kind auftreiben, weil bei uns die Kosaken lagen und das Vieh für sich verwendeten; das Gut meines Bruders ist ganz niedergelegt, dort sind die Ruinen! Nun nehmen uns die Deutschen jetzt fast die letzten Pferde weg; womit soll der Acker bestellt werden? Es ist hier ein so gutes, fruchtbares Land, aber man wird zehn Jahre arbeiten müssen, ehe man wieder in Ordnung kommt.“ Wir sahen zusammen bald auf dieser, bald auf jener Seite der Bahn Haufen von Stacheldraht oder kahle Mauern. Dabei ist kein unvorsichtiges Wort über die Deutschen gesprochen worden, aber es hiess: „Wie es nun hier politisch gemacht wird, ist alles ganz gleichgültig, wenn nur der Krieg nicht wieder zu uns kommt.“

Ich sprach mit einem alten Deutschen, der russischer Staatsbürger war oder ist. Er erzählte von seinen eigenen Erlebnissen, wie er bei Kriegsanfang ins Innere des Reiches verschickt wurde, seinen Handkoffer schleppend, in bleiverschlossenem Wagen transportiert, wie er dann heimkehrt, um gerade die Entscheidungskämpfe zu erleben: ein Sohn ist gestorben, der andere

dient bei den Russen. Diesen Mann treffen nun in seinem Betriebe die deutschen Requisitionen. Ist es ein Wunder, wenn er mürbe geworden ist: mag es werden, wie es will!

In Łódź habe ich leerstehende Fabriken gesehen. Das gibt es vereinzelt auch in Deutschland, aber wohl kein Ort bietet so sehr das Bild der Stillegung wie diese Halbmillionenstadt. Es wirkt hier die Erstarrung fast wie im Hamburger Hafen. Dabei ist es schwieriger die Mittel für Armenfürsorge zu beschaffen. Aus sozialistischem Munde hörte ich Anerkennung dessen, was die besseren Fabrikanten im ersten Jahre und teilweise noch heute zugunsten ihrer Arbeiter getan haben. Von deutscher Seite erfuhr ich, welche Anstrengungen die deutsch geleitete Stadtverwaltung macht. Im Grunde bleibt ein Gesamteindruck von Mattigkeit, wie wenn ein Körper langsam ins Sterben hineingerät: mag werden, was will!

Die polnischen Bauerndörfer habe ich selber nur von der Eisenbahn aus gesehen, aber ich habe mir von ihnen erzählen lassen. Der Bauer versteckt seine Erzeugnisse, erlebt, dass sie ihm daraufhin weggenommen werden, hat kein Saatgut mehr und versäuft in stumpfer Verzweiflung den Erlös dessen, was er regelrecht zu guten Preisen verkauft. Seine Wirtschaftslage ist im ganzen nicht schlecht, wenn er sich den Verhältnissen anpasst, aber gerade das gelingt ihm nicht immer, denn er ist für den Beschlagnahmungsdienst noch weniger vorbereitet als der deutsche Bauer. Jedenfalls hat er auch keinen anderen Gedanken, als dass der Krieg aufhören soll.

. . . Ist es bei uns zu Hause nicht ähnlich? Auch wir haben ostpreussische Zerstörungen, sächsisch-thüringische Industriestockungen, ein Uebermass von Verordnungen und vieles, vieles andere. Ja, aber wir haben innerlich etwas anderes: die Klarheit unseres nationalen und staatlichen Kampfes. Hinter uns steht ein zwingendes, grosses Pflichtgefühl. Die Polen

aber machen diesen Krieg als die Objekte durch, als die Leidenden, und daher werden sie „passivistisch“, das heisst willenlos. Von dieser Stimmung ist jeder umflogen, und wer nicht starke eigene Energien besitzt, bleibt in ihr hängen.

(Schluss folgt.)

Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

(Schluss.)

Eine Reihe von Patriziernamen, deren Nachkommen später in den polnischen Adelsstand aufgenommen worden sind, mögen hier folgen: Morstin, Borus, Konrad, Sohn des Witek, des Schulzen von Sandomierz, das Geschlecht der Bergmeister (Bachmistrz) aus Wieliczka und der Schulzen aus Myślenice, von denen die späteren Jordan von Zakliczan und einige andere Familien abstammen, Ketscher von Nissa, Briger alias Brigand, Romancz alias Roman, Bork, Waldorf, Bochner-Lange, die Vorfahren der Markgrafen von Wielopolski sind, Czirla-Lang, Neorse, Schwarz-Niger, die später als adelige Gutsbesitzer Czarny oder Czerny heissen, schliesslich mehrere Familien französischen und italienischen Ursprungs, Gallici genannt.

Das 16. Jahrhundert war weniger ergiebig in der Umwandlung bürgerlicher Krakauer Geschlechter in adelige, aber auch hier kommen so glanzvolle Namen vor, wie Boner, Fogelweder, Gutteter, die zu Dobrodziejscy werden, Cyrus, später Cyrus-Sobolewski genannt, Salomon, Rottermund.

In ähnlicher Weise, wie in Krakau und Kleinpolen, spielen sich die Dinge in Grosspolen, Kujawien und Masovien ab, wenn auch in kleinerem Massstabe, denn hier hatten die Städte eine geringere Bedeutung.

Im 17. und 18. Jahrhundert stellen nicht mehr die

Bürger, sondern die in der polnischen Armee dienenden deutschen Offiziere das zahlreichste Kontingent der neuen polnischen Adeligen, indem sie entweder die Anerkennung ihres Adels (Indigenat) oder ihre Nobilitierung erreichen. Ausserdem gelangt noch nach Polen eine gewisse Zahl sächsischer Adeliger während der Herrschaft beider Könige aus der Dynastie Wettin. Die in der polnischen Armee im 17. und 18. Jahrhundert dienenden Schotten und Engländer, die Franzosen und die als Kaufleute in den Städen Rotrutheniens und Podoliens ansässigen Armenier, die seit der Zeit Witolds (1400 nach Chr.) in Litauen wohnenden Tartaren, die zum Militärdienst verpflichtet waren, und schliesslich die Juden, die in Litauen beim Uebertritt zum Christentum im 17. und 18. Jahrhundert den polnischen Adelsstand erhielten, kommen höchstwahrscheinlich an Zahl den im 17. und 18. Jahrhundert mit dem polnischen Adelsstand belehnten Deutschen nicht gleich. Zu erwähnen wäre hier auch noch die Infiltration durch die Italiener, die seit Beginn des 14. Jahrhunderts, aber besonders zahlreich im 16. Jahrhundert, als Kaufleute, Unternehmer und als Künstler und Handwerker nach Polen kommen; auch Beamte im Dienste der polnischen Diplomatie befinden sich darunter. Viele derselben treten dem polnischen Adel bei, wie: Bars, Bikaran, Montelupus-Wilczogórski, Moriconi, Gianotti, Orsetti, Badeni, Del Pace, Pinocci, Cellari usw. Auch Russen, besonders im 18. Jahrhundert, fehlen nicht.

Wie sehr der polnische Adel bereit war, Ausländer in seine Reihen aufzunehmen, das beweist am besten die Tatsache, dass vom Jahre 1601 bis 1791 in den volumina legum (Sammlung der Gesetze der polnischen Reichstage) etwa 500 Anerkennungsurkunden ausländischen Adels (Indigenate) und fast 1000 Adelsverleihungen (Nobilitierungen) an Personen vornehmlich fremder Nationalität vorkommen. Hinzuzufügen wäre hier noch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Personen, die in der gleichen Zeit es verstanden haben, sich ohne

eine gesetzliche Nobilitierung*) in den Adel einzuschleichen.

Wir sehen also, dass der polnische Adel aus den verschiedensten ethnographischen Elementen besteht. Ausser den Polen, Litauern und Ruthenen haben auch die Deutschen seit den ältesten Zeiten einen sehr beträchtlichen Prozentsatz des polnischen Adels geliefert. Die polnische Infanterie, Reiterei und Artillerie bestanden aus Deutsche und Angelsachsen, wurden vor allem von diesen geführt und stellten das am wenigsten ansässige Element in Polen während der beiden letzten Jahrhunderte seines unabhängigen Daseins dar. Der Anteil des tatarischen Elementes (in Rassenhinsicht ziemlich uneinheitlich) in Gestalt von Abteilungsführern (einige hundert Familien im 16. Jahrhundert)**) die zum Militärdienst verpflichtet waren und im 15. Jahrhundert in Litauen angesiedelt wurden (in den Jahren 1397 bis 1432), ist verschwindend gering.

Ein solcher Tatbestand drängt gewisse Reflexionen auf hinsichtlich der Bedeutung der Rasse. Eine Beimischung fremder, und wie man annehmen muss, tüchtiger und disziplinierter Elemente, wie es diese Deutschen, Italiener und Engländer waren, müsste doch im Schicksal ihres angenommenen Vaterlandes in günstiger Weise zur Erscheinung kommen; Polen aber verfiel der Anarchie und der politischen Zersetzung. Diese fremden Elemente gelangen weder zu besonderem Wohlstand, noch üben sie einen günstigen Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse aus; die letzteren verschlechtern sich bis zu der ersten Teilung ständig, sodass auch in dieser Beziehung Polen eine Ruine darstellt. Kurz gesagt: diese Elemente assimilieren sich sehr schnell und vollständig und bilden mit der Allgemeinheit der polnischen Adelsschicht eine Masse; sie

*) W. Polaczkówna: „Liber Chamorum" in der Heraldischen Monatsschrift, Lemberg 1910, Seite 132, 161, 192.

**) J. Talko-Hryniewicz: Der Mensch in unseren Ländern, Warschau 1918, Seite 180—185.

haben den gleichen Wert wie diese und tragen in gleicher Weise die Verantwortung für den Fall des Staates. Zwei Möglichkeiten kommen hier in Betracht: entweder hat der polnische Adel auf diese fremden Elemente ungünstig eingewirkt, oder auch umgekehrt — die neuen, heterogenen Elemente wirkten zersetzend auf das Gemeingefühl des polnischen Adels ein. In jedem Falle müsste das Urteil über diese fremden, in der Mehrzahl germanischen Elemente ungünstig lauten; im ersten Falle erwiesen sie sich für die slavische Umgebung als zu schwach, im zweiten Falle stellten sie für Polen einen schädlichen Gewinn dar, der zum Fall des Staates geführt hat. Wir könnten hieraus auch einen sehr wichtigen Hinweis entnehmen, nämlich dass in Zukunft ein selbst bedeutender Zufluss fremder Elemente in unser Land den polnischen Typus, den polnischen Geist und die polnische Kultur weder umformen noch ganz vernichten kann. Wir wollen uns hier nicht dazu verleiten lassen, dieses Dilemma zu entscheiden, das für einen Verfasser einer Apologie der polnischen Vergangenheit so verführerisch ist, denn wir glauben, dass die Wissenschaft für solche Schlussfolgerungen noch keine genügenden Unterlagen gibt. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass die Annahme gerechtfertigt ist, dass hier die Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung, sowohl Polens wie seiner Nachbarn, stärker war, wie die Rasse, und dass zwischen der polnischen Republik und den absoluten Monarchien ein immer grösserer Unterschied, sowohl hinsichtlich der Verfassung, wie schliesslich auch der Kräfte entstanden war.

Herr L. schreibt weiter: „Der polnische Adel unterscheidet sich von Anfang an vom westeuropäischen . . . durch eine nach Aussen exklusive, unter sich demokratische Sippenverfassung, die als Merkmal der Zugehörigkeit zur Adelsklasse n i c h t d e n G r u n d b e s i t z — das Fehlen dieses Momentes ist eben ein Zeichen nomadischer Herkunft —, sondern lediglich die traditionell anerkannte Zugehörigkeit zur Sippe, später nach

Einführung von Wappen das Recht der Wappenführung betrachtet" (S. 161). Diese Ansichten stehen nicht im Einklang mit dem Stand der polnischen Wissenschaft. Professor Kutrzeba schildert in seinem Handbuch, das Herr L. doch so hoch stellt, diese Sache ganz anders. Prof. Kutrzeba ist der Ansicht, dass die Entwicklung der Ritterschaft (milites) vor allem auf Grund der Entwicklung ihres Besitzrechtes vor sich geht, bis zu der durch Immunität erfolgten Aufhebung aller Pflichten zu Gunsten des Staates (Steuern und Dienstleistungen), mit Ausnahme der Militärpflicht und einer geringfügigen Abgabe (2 polnische Groschen) von der Hufe. Erst in zweiter Linie erfolgte diese Entwicklung infolge des Wappenrechts und der damit verbundenen Renaissance der adeligen Geschlechterordnung (Kutrzeba l. c. S. 30 bis 33). Zwar ergibt es sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, dass über die Zugehörigkeit zum Adel die Zugehörigkeit zum Geschlecht und Wappen entscheidet*), aber irrig ist die Behauptung, dass der Grundbesitz gar keine Bedeutung hatte, denn zu gleicher Zeit bildete sich der zweite Grundsatz, dass nur ein Adeliger ein Grundbesitzer sein kann (Kutrzeba l. c. S. 158), und ferner auch der dritte Grundsatz, dass nur ein landansässiger Adeliger (possesionatus), d. h. ein Gutsbesitzer, zugleich ein vollberechtigter Adeliger sein kann. Die „gołota", d. h. der Adel ohne Landbesitz, wurde weder zu den Landgerichten (ius terrestre), noch zu den Aemtern, noch selbst zu den Kreislandtagen zugelassen (Kutrzeba l. c. S. 159). Aber auch später genügte die physische Zugehörigkeit zum Geschlecht nicht, denn bürgerliche oder bäuerliche Lebensführung führte zur Aberkennung des Adels (dessuetudo nobilitatis), den man nur nach Verlassen dieser unadeligen Berufe und nur nachdem der König

*) Aber auch bei dieser Gelegenheit schreibt Prof. Kutrzeba ausdrücklich (Ausgabe II vom Jahre 1908, S. 71): „Der Adel entscheidet von jetzt an (d. h. vom Ende des 14. Jahrhunderts an) über die Zugehörigkeit zum Geschlecht; er geht im Erbrecht, ohne Rücksicht auf das Verhältnis zum Grund und Boden, aus dem er erwachsen war, über".

und später auch die Kreislandtage und der Landtag den Adel neu bestätigt haben, wiedererlangen konnte, was eigentlich der Verleihung eines neuen Adels, oder der Nobilitierung gleichkam.

Herr L. meint, dass in Polen eine Differenzierung des Adels und die Entwicklung selbständiger Territorien durch die Magnaten nicht vor sich gehen konnte. „Das ging in Polen aus gesellschaftlichen Gründen nicht an; zu lebhaft erhielt sich bis in die Neuzeit der traditionelle Sippenzusammenhang, der auch den zu grösserer Macht und Ansehen Emporgestiegenen an die Sippengenossen band, ihn zwang, mit jenen zu hausen und zu teilen“ (Seite 163). Diese Ansicht ist vollkommen irrig. In Deutschland bildeten sich territoriale Gebiete infolge des Lehnssystems; die reichsunmittelbaren Lehnsleute des Deutschen Reiches, die in den Jahren 1180 bis 1232, neben der Gerichtshoheit, die Hoheits- und Regalienrechte erhielten, wurden zu Territorialherren. In Polen hat dagegen noch Niemand bis jetzt die Existenz eines Lehnsverhältnisses zwischen den Magnaten und der Ritterschaft einerseits und dem Herrscher andererseits nach der Teilung des Landes in Teilfürstentümer (1138), seit welcher Zeit uns reichere Quellen und besonders historische Urkunden zur Verfügung stehen, in positiver Weise erwiesen. Die rechtliche Gleichberechtigung des polnischen Adels lässt sich in hinreichender Weise durch den privaten Landbesitz erklären. Ohne die Hierarchie des Besitzes von Grund und Boden im Lehnsverhältnis konnte sich keine ständische adelige Hierarchie bilden. Darüber, dass die Angesehenen mit ihren Sippengenossen bis in die Neuzeit zu hausen und zu teilen gezwungen waren, finden sich weder in den Quellen, noch in der historischen polnischen Literatur Erwähnungen, trotzdem doch die letztere hinsichtlich der Arbeiten über die mittelalterlichen, adeligen Geschlechter sehr reichhaltig ist*). Es

*) Besondere Beachtung verdienen die Arbeiten von F. Piekosiński, Wł. Semkowicz und zahlreicher seiner Schüler in der von ihm herausgegebenen „Heraldischen Monatszeitschrift“ 1908-1916.

kann hier lediglich die Rede sein von einer moralischen Verpflichtung, verarmte Verwandte zu unterstützen. Der Besitz und die Nutzniessung von Landgütern war, vom 12. Jahrhundert an beginnend, seit welcher Zeit die Quellen reichlicher fliessen, in der Regel individuell. Hauskommunionen und Gemeinschaften waren schon damals selten, ausser der Gütergemeinschaft von Brüdern (fratres indivisi), lassen sich bisher sehr wenige Fälle über Gütergemeinschaften zwischen Brüdern und Vatersbrüdern oder zwischen Vettern untereinander nachweisen; Gütergemeinschaften im weiteren Sinne kennen wir in der Vergangenheit Polens überhaupt nicht.

Die polnischen Wappensippschaften umfassten schon im Mittelalter mehrere Dekaden oder auch mehrere Hundert Geschlechter, aber ein jedes derselben wirtschaftete für sich auf seinem Grund und Boden und die Erben teilten das Erbe sehr gewissenhaft untereinander. Die Geschlechterorganisation des polnischen Adels befand sich unter der Leitung eines oder mehrerer Senioren des Geschlechts und hatte hauptsächlich militärische und politische Bedeutung. Im 14. und 15. Jahrhundert stellten sich die Geschlechter gesondert, jedes unter eigenen Fahnen, zum Kampf auf. Die einzelnen Geschlechter erwarben für sich Privilegien, die allgemeinen Adelsprivilegien oder die sogenannten Landesprivilegien, wurden mehrfach an die einzelnen Geschlechter verliehen, die weltlichen Aemter und die kirchlichen Würden empfingen die Kanditaten als Vertreter ihrer Wappengeschlechter, je nach der Stärke des politischen Einflusses, den sie besassen. Vom 16. Jahrhundert an, als infolge der Kreislandtage und der Landtage der mittlere und der kleine Adel an der Regierung teilzunehmen begannen, tritt das Gefolgschaftswesen stärker hervor, doch beschränkt sich dasselbe nicht auf die Mitglieder der gleichen Geschlechter; die Magnaten gewinnen ihre Parteigänger ohne Rücksicht auf die Wappenzugehörigkeit, hauptsächlich auf Grund der

nachbarlichen Beziehungen; oft gehören die Mitglieder der gleichen Geschlechter verschiedenen Parteien an. In den historischen Zeiten existiert nur das Näherecht, das Vorkaufsrecht (ius proximitatis, retraktus), das den Mitgliedern des gleichen Wappengeschlechtes nach Massgabe des Verwandschaftsgrades in einem gewissen Termin den Wiedererwerb eines, an ein Mitglied eines anderen Wappengeschlechtes veräusserten, oder der Tochter als Mitgift gegebenen Grund und Bodens, ohne Einwilligung desselben, gestattet; aber dieses Recht existiert nicht nur bis zum 13. Jahrhundert, wie Herr L. behauptet, sondern auch noch im 15. und 16. Jahrhundert und sogar noch später, denn erst im Jahre 1768 wurde es gesetzlich ausser Kraft gesetzt. Schon im 13. Jahrhundert wurde das Vorkaufsrecht (retractus) beseitigt, soweit der Kirche geschenkter Grund und Boden in Frage kam, was später auf sämtliche Schenkungen und Landveräusserungen erweitert wurde, man kann also nicht sagen: „Die Verwandten können . . . die Veräusserung von Sippschaftsland verhindern“ (S. 163), denn nicht jede Veräusserung konnte verhindert werden. Weiter sagt Herr L.: „Es fehlt dem polnischen Adel das für den westeuropäischen Adel charakteristische Moment der Bodenständigkeit und Landsässigkeit“ (S. 161), trotzdem er doch unmittelbar vorher einen Satz niedergeschrieben hat, den wir oben zitiert haben, und aus dem doch hervorgehen könnte, dass in Polen in sehr hohem Grade eine Bodenständigkeit des Adels vorhanden gewesen sein musste. In Wirklichkeit war sie in Polen nicht so stark entwickelt wie in Westeuropa, denn der polnische Adel ist durch das Lehnsverhältnis und den verminderten Allodialbesitz nicht gebunden, die letztere ist aus diesem Grunde auch leichter zu erwerben. Der Umsatz im Privatbesitz und die allmähliche Zuerkennung des Immobilienerbrechts an Frauen (14. bis 16. Jahrhundert)*) hatten zur Folge,

*) P. Dąbkowski, l. c. B. II, Seite 17 bis 27.

dass in Polen die Geschlechter verhältnismässig ziemlich leicht und oft vom 15. Jahrhundert an in den Besitz von neuen Gütern gelangen, während früher die Hauptquelle von Landerwerb Belehnungen durch den Herrscher waren, aber dies ist doch kein Nomadentum!

Da in Polen*) Adelslehen nur ausnahmsweise in Ruthenien (allgemein waren sie nur in Litauen) existierten, so muss der folgende Satz des Herrn L. umso sonderbarer erscheinen: „Insofern jene Amts- und Militärlehen, die Kastellaneien und später die Starosteien, die Staatsdomänen, der Krone entfremdet und grösstenteils erblicher Lehensbesitz, schliesslich allodifiziert werden, ähnelt die allmähliche Verarmung der Krone ... der westlichen Entwicklung" (S. 165)**).

So viele Unrichtigkeiten und Widersprüche mit grundsätzlichen Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung kann nur ein Mensch äussern, dem die Wissenschaft und die Leser gleichgültig sind. Vom 16. Jahrhundert an bis zu den Teilungen haben die Staatsdomänen in Polen keine wesentliche Verringerung erfahren, sie wurden durchaus nicht allodifiziert und erst die Teilungsmächte begannen damit, sie zu verschenken und zu verkaufen. Auf dem durch die erste Teilung 1772 verringertem Gebiet der Republik wohnte auf den staatlichen und königlichen Domänen, oder auf den Starosteien und Oekonomien, bezw. königlichen Tafelgütern 20% der Bevölkerung und der Flächeninhalt dieser Domänen betrug 25% des gesamten Gebietes des Staates, riesige Waldkomplexe umfassend. Die königlichen Domänen können überhaupt nicht als Lehnsgüter bezeichnet werden, denn ihre Inhaber leisteten keinen Lehnseid und waren auch zu keinem besonderen Kriegsdienst verpflichtet, sondern sie zahlten vom

*) Ueber die „Allodifizierung der Krondomänen und Adelsgüter" spricht der Verfasser noch auf der Seite 164 und 165.

**) In einem Lehnsverhältnis zu Polen verblieben einige schlesische und masovische Herzogtümer, bevor sie im 15. und 16. Jahrhundert dem Staate einverleibt wurden.

Jahre 1564 an eine verhältnismässig geringe Abgabe (1/5 des Reinverdienstes betragend) zur Erhaltung eines ständigen Heeres zum Schutz der südöstlichen Grenzen. In den Anfängen, im 15. und 16. Jahrhundert, wurden diese Domänen für einen dem Staate gewährten Kredit verpfändet und dann wieder ausgelöst durch die Königliche Schatzverwaltung, oder durch Personen, die durch die Schatzverwaltung hierzu beauftragt waren. Später wurden sie, in der Hauptsache auf Lebenszeit, für mehr oder weniger reale Verdienste, als panis bene maerentium verliehen. Die gleichen Starosteien konnten tatsächlich durch 3 bis 4 Generationen bei einem und demselben Geschlecht verbleiben, aber sie sind nie als erblich anerkannt worden und sie wurden auch in der Mehrzahl nach dem Tode des Nutzniessers nicht an die Erben desselben weiterverliehen; die Verteilung der königlichen Domänen war von der Stärke der Parteigruppierungen unter den polnischen Magnaten und von ihren Beziehungen zum König abhängig. Ein gewisser Teil der königlichen Domänen ist in den Privatbesitz übergegangen infolge nicht rechtzeitiger Auslösung oder infolge Verwischens der Spuren darüber, dass diese Domänen seinerzeit durch Verpfändung und nicht durch Verleihung oder Verschenkung in Privathände übergegangen waren.

Auf die sonstigen Argumente des Verfassers, besonders auf die lächerlichen und durchaus ungehörigen Anekdoten, die er als Beweis „des provisorisch-nomadenhaften Charakters“ des polnischen Adels anführt, werde ich hier nicht eingehen. In der Art, wie der Verfasser es tut, kann man die Vergangenheit eines jeden Volkes, einer jeden sozialen Schicht verkrüppeln und verächtlich machen, aber dies hat mit der Wissenschaft, mit der Arbeit im Dienst der historischen Wahrheit nichts gemeinsames.

Dr. Fr. Bujak.

Vom polnischen Staatsrat.

In der letzten Sitzung des Provisorischen Staatsrats unter Vorsitz des Kronmarschalls teilte dieser mit, dass auf die Telegramme, welche der Provisorische Staatsrat an die Herrscher beider Zentralmächte gesandt hatte, bereits folgende Antwortdepesche Kaiser Karls an den Kronmarschall Niemojowski eingegangen ist:

„Mit aufrichtiger Genugtuung habe ich den Ausdruck der Mir durch den Staatsrat dargebrachten Huldigung entgegengenommen und bitte Euer Hochwohlgeboren, dafür Meinen herzlichsten Dank zu empfangen, wie auch den Mitgliedern des Staatsrates zu vermitteln. Die warmen Worte, worin der Staatsrat seine Dankbarkeit für Meinen in Gott ruhenden Grossonkel, den Kaiser und König Franz Joseph I., ausdrückt, haben Mich tief gerührt. Nicht weniger als dem verewigten Monarchen liegen Mir am Herzen das Gedeihen und die Entwicklung des polnischen Volkes, welches seit Jahrhunderten einen so wichtigen Faktor in der Geschichte der westlichen Zivilisation darstellt. Meine aufrichtigsten Wünsche begleiten die Bildung des durch Mich gemeinsam mit Meinem hohen Verbündeten ins Leben gerufenen Königreichs Polen, dessen oberstes Organ der Staatsrat darstellt. Mit dem lebhaftesten Interesse verfolge Ich nach wie vor die wichtigsten Aufgaben, die dem polnischen Staatsrat bei der Wiedergeburt des Vaterlandes obliegen und die Bemühungen Euer Hochwohlgeboren und Ihrer Mitarbeiter, den grossen Anforderungen dieser denkwürdigen Epoche der polnischen Geschichte zu genügen. Im besonderen würdige Ich durchaus Ihr Streben, ein polnisches Heer zu schaffen, dessen Bildung eine Angelegenheit von grösster Bedeutung für den polnischen Staat ist und Ich bin entschlossen, aufs Kräftigste die Frage der Schaffung eines Heeres zu fördern. Da Mein hoher Verbündeter, Seine Majestät der Deutsche Kaiser, die gleichen Absichten wie auch Ich hegt, so kann das polnische Volk wie auch der Staatsrat die völlig sichere Hoffnung haben, dass der voll-

ständige Aufbau der vom Lande angestrebten Institution sich aufs Günstigste für die Zukunft Polens gestalten wird. Möge Gottes Segen auf Polen und auf Ihren Arbeiten, die zum Wohle des Vaterlandes unternommen sind, ruhen. gez. Karl."

Der deutsche Regierungskommissar verlas im weiteren Verlauf der Sitzung die schriftliche Zusicherung der deutschen Okkupationsbehörden, dass alles durch den Provisorischen Staatsrat für den Nationalschatz gesammelte Gold und andere Metalle von der Requisition befreit sind und dass alle Spenden sowohl in bar wie in Wertgegenständen ins Eigentum des polnischen Staatsschatzes übergehen sollen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Ausführenden Ausschusses geht hervor, dass unter Anderem dem Kommando der polnischen Legionen aus den Mitteln des Staatsrates eine Summe von 12000 Mark als Zuschuss für den Unterhalt der Legionäre in der dritten Dekade des Monats März überwiesen wurde.

Ferner wurde beschlossen, bei der Abteilung für innere Angelegenheiten ein statistisches Zentralbüro zu errichten. Der Haushaltsplan des Staatsrates für März führt auf an ordentlichen Ausgaben 106225 Mark, an einmaligen Ausgaben 60820 Mark. Eine Vorlage über die Bildung von ländlichen Gemeinderäten im Königreich Polen wurde mit einigen Abänderungen angenommen.

Ueber die Frage betreffend Uebernahme der Schulverwaltung in beiden Okkupationsgebieten durch den Staatsrat wurde beschlossen, eine Denkschrift an beide Generalgouverneure zu richten. Bei der Abteilung für Kultus und Unterricht wurde beschlossen, eine Organisation zur Vorbildung für polnische Beamte zu schaffen und ihr Aufgabenkreis festgestellt. Zur Kenntnis genommen wurde die Verordnung des Generalgouverneurs betreffend Einführung der Sommerzeit. Angenommen wurde ein Dringlichkeitsantrag, dass der Kronmarschall entsprechende Schritte unternehme, damit dieje-

nigen Gefangenen, welche sich freiwillig zum Eintritt in die polnische Armee meldeten, freigelassen würden. In der letzten Sitzung des Verfassungs-Unterausschusses des Provisorischen Staatsrates wurden die Artikel über die Rechte des Königs in Gesetzgebung, Verwaltung, Heerführung, zur Regelung der internationalen Beziehungen, über seine Gnadenrechte, betreffend Titel- und Ordensverleihungen und seine Dotationsansprüche gemäss einem von Professor Cybichowski vorgelegten Entwurfe besprochen und angenommen.

Am Sonnabend, den 31. v. M, fand die 12. Sitzung des Staatsrats statt. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung wurden die Mitteilungen der Kommissare der Okkupationsbehörden zur Kenntnis genommen, hierunter eine Mitteilung der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung in Sachen der Freilassung der polnischen Zivilgefangenen. Es geht daraus hervor, dass in der Zeit vom September 1915 bis zum Februar 1917 in Deutschland 3381 Personen freigelassen worden sind.

Ferner wurde die Mitteilung zur Kenntnis genommen, dass in der allernächsten Zeit durch die deutschen Okkupationsbehörden dem Staatsrat eine Vorlage betreffend Normierung des Rubelkurses eingebracht werden wird.

Das Programm der Organisation und der Tätigkeit des Wirtschaftlichen Departements wurde zur Kenntnis genommen und der Bericht über die bisherigen Arbeiten des Wirtschafts-, Arbeits- und Justizdepartements wurde angehört. Im Departement für Wirtschaftswesen wurden in Form besonderer Kommissionen gesonderte Arbeitsgebiete organisiert: für Landwirtschaft, Industrie, Handel, Wiederaufbau des Landes und Kriegsschädenersatz. Das Arbeitsdepartement hat in der Zeit seines $1^1/_2$ monatlichen Bestehens eine ganze Reihe von Vorarbeiten betreffend Organisation der einzelnen Ressorts unternommen, und zwar: Arbeiterschutz, Aerztliche Fürsorge, Schutz der ausser des Landes befindlichen Ar-

beiter, Arbeitsvermittlung, soziales Versicherungswesen, vor allem Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung. Ausserdem hat das Departement in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelt.

Das Justizdepartement hat während seines 2 monatlichen Bestehens die „Vorschriften über die Provisorische Einrichtung des Gerichtswesens im Königreich Polen“ bearbeitet, ferner „Vorschriften über das provisorische gegenseitige Verhältnis zwischen den Königlich Polnischen Behörden und Amtern und den Okkupationsbehörden“, „Provisorische Vorschriften über den Charakter der Gerichte im Königreich Polen“ und schliesslich die „Erläuternden Bemerkungen“; diese Arbeiten sind in der Plenarsitzung des Staatrates angenommen worden und wurden sodann den Okkupationsbehörden übermittelt.

Das Wirtschaftsdepartement wurde beauftragt, den Okkupationsbehörden eine Denkschrift in Sachen der Anmeldung der Bergwerksgerechtsamen einzureichen.

Die Interpellation in Sachen der Autonomie Litauens wurde dem Departement für Politik überwiesen.

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

In den nächsten Wochen erscheint bei Georg Reimer Berlin, Friedrich Naumanns „Polnisches Tagebuch“. Das Organ Naumanns, „Die Hilfe„ wie auch die „Polnischen Blätter“ sind in der Lage einige Kapitel davon ihren Lesern mitteilen zu können. Aus dem „Hilfe“-Kapitel zitieren wir folgende Auszüge:

Was ist das Innenleben des werdenden Staates?

Die Nationalidee selber ist stark vorhanden und steigt täglich und zieht auch die Aengstlichen heran. Man wird voraussichtlich nie vergeblich an sie appelieren, und Opfer, die man dem Okkupationsstaat nur höchst widerwillig gibt, werden gern und freiwillig dargebracht werden, wenn sie als nationalpolnische Gaben gefordert werden. Trotz des Mangels an festen parteipolitischen und sozialen Grundlagen besitzt der Zukunftsstaat schon heute einen festen Gesinnungsunterbau. Wenn die Nationalidee nicht befriedigt wird, kann sie

sehr leicht eines Tages revolutionär auftreten wollen, sobald die militärischen Zeitverhältnisse es zu gestatten scheinen. Warschau wird sich nach meinem Eindruck lieber zerstören, als freiwillig in neue Untertänigkeit hineingehen. An dieser Stelle hört das Nützlichkeitsdenken auf, und alte Flammen steigen aus dem Boden. Es ist hier noch manche Ueberraschung möglich. In einem Verzweiflungskampfe würden Aristokraten und Sozialisten sich die Hände reichen, und viele Teile der durch Okkupation und Requisition verärgerten bürgerlichen Schicht würden ihre sonstige Vorsichtigkeit verlieren. Dieser Zustand der hochgespannten Nationalidee ist für den Okkupationsstaat nicht gefährlich, solange dieser die militärischen Machtmittel in der Hand hat, aber für den Zukunftsstaat, der gar zu grosse elektrische Spannungen noch nicht aushält. Was sollen die Vertreter des Zukunftsstaates machen, wenn ein ungeduldig gewordener nationaler Radikalismus an ihre Pforten klopft? Es kann dem Leser scheinen, als spräche ich schon zuviel aus, indem ich derartige Verwicklungen andeutend berühre, aber da eben in diesen Wochen die gewaltige Krisis Russlands beginnt, so ist es unvermeidlich, dass auch in Warschau über allerlei revolutionäre Möglichkeiten gesprochen wird.

Alle russischen Vorgänge werden hier natürlich unmittelbarer empfunden als in Deutschland. Wäre jetzt nicht die deutsche Okkupation in Polen, so würde das Land im grossen Strome der russischen Bewegung schwimmen. Die Liberalisierung Russlands gehört zu den tiefsten Wünschen des Polentums. Soweit und weil die Ententemächte sich an dieser Liberalisierung beteiligen, sind sie hochgeschätzt. Man hat in diesen Tagen der russischen Revolution hier in Warschau das Gefühl, dass die Telegramme in beiden Lagern mit völlig verschiedenen Wünschen in Empfang genommen werden: die Deutschen wünschen Vermehrung des Chaos in Russland, die Mehrheit der Polen aber wünscht ein Gelingen des Programms der Duma.

Für unsere Betrachtung ist dabei zunächst wichtig, dass es sich in Polen um keine einfache Aktenaufgabe dreht, die man beliebig Stück für Stück hinausschieben oder erledigen kann. Es kocht im Kessel. Die aufsteigende Nationalidee will bald etwas erleben, sei es gut oder schlecht.

In einem solchen Zeitpunkt ist die polnische Heeresfrage eine hochpolitische Angelegenheit. Dem Geschichtskundigen ist es nicht unbekannt, dass in früheren Jahrhunderten gar nicht selten im besetzten feindlichen Gebiet rekrutiert worden ist, wie es beispielsweise König Friedrich II. in Kursachsen tat. Er nahm sogar unterhalb des Liliensteins einfach sächsische Gefangene und zog ihnen preussische Uniformen an. Das ging bei den alten Söldner- und Konskriptionsheeren, ist aber völkerrechtlich und tatsächlich in der Gegenwart ausgeschlossen, denn Soldat zu sein ist jetzt eine bürgerliche Eigenschaft und eine politische Pflichterfüllung. Wenn also die deutsche Heeresleitung polnische Soldaten heranziehen will, so muss sie auf den Bündnis-

gedanken eingehen und eine polnische Armee herzustellen helfen. Ob der Bündnisgedanke an sich möglich ist, liegt ausserhalb der rein militärischen Befugnisse und ist Sache der auswärtigen Politik. Nachdem aber die auswärtige Politik Deutschlands (und Oesterreich-Ungarns) die Umwandlung des Okkupationsverhältnisses in ein Bündnisverhältnis grundsätzlich gebilligt und öffentlich verkündigt hat, ist auch für unsere Militärs die polnische Armee eine unmittelbare Aufgabe geworden. Das Material zu einem polnischen Heere ist da.

Der Versuch, dieses Material durch freiwillige Werbung auf den Namen des deutschen und österreichischen Kaisers zu den Fahnen zu rufen, ist im allgemeinen nicht geglückt und konnte nicht glücken, denn freiwillig wird der Pole nur in eine polnische Armee eintreten. Er will polnische Werbung, polnische Uniform, polnische Feldzeichen, kurz eine vergrösserte polnische Legion auf dem Hintergrunde des Zukunftsstaates. Dass dabei die polnischen Truppen von deutschen Instruktoren ausgebildet und dem deutschen Oberbefehl unterstellt werden, ist beiderseits sicher, aber sie wollen ihre eigene polnische Heeresgeschichte erleben. Das ist auch kaum anders von ihnen zu erwarten, da sie nur so als Bundesgenossen auftreten können. Sie wollen nicht beliebig unter deutsche und österreichische Truppen verteilt werden. Deshalb wollen sie auch einen besonderen Eid schwören, für den nur leider zur Stunde der persönliche Vertreter fehlt.

Ob bei dieser Sachlage eine freiwillige oder eine Zwangswerbung sich als nächster Schritt empfiehlt, wird viel diskutiert. Jedes Verfahren hat Vorteile und Nachteile.

Von den Bauern wird berichtet, dass sie gegen die Russen kämpfen wollen, sobald sie von ihrem König den Befehl erhalten und sobald auch der Nachbar demselben Zwange folgen muss. Im Bauern sei ein merkwürdig zähes legitimistisches Zutrauen zum Königtum übriggeblieben, das sofort in Kraft treten würde, wenn nur eben erst ein polnischer König die Krone trage. Wer dieser König ist, sei weniger bedeutsam, wenn er nur überhaupt existiere. Die Königslegende ist voll von bauernfreundlichen Zügen, da in der altpolnischen Zeit gute Könige bei ihren Bauern gegen den Adel schutz suchten. Ist nun aber für die Rekrutierung ein König leider noch nicht zu beschaffen, so würden wenigstens sichtbare polnische Träger der Gewalt, Direktoren, Gouverneure, Generalkommissare oder wie man sie nennen will, zur Beteuerung des Staatsdaseins unentbehrlich sein. Ein Zwang ohne polnische Uuterschrift sei ein leeres Blatt Papier.

Das Problem des Okkupationsstaates und Zukunftstaates findet hier seine schärfste Zuspitzung. Es soll und muss in irgendeiner Form politische Militärhoheit konstruiert werden, die sich mit der übergeordneten Militärhoheit des kämpfenden Heeres und der Okkupationsleitung verträgt. Das wird wohl nie ganz logisch vollzogen

werden, aber die Sache selbst ist unmittelbar drängend: durch das Eintreten der polnischen Armee kann der Krieg verkürzt werden, die mitteleuropäisch-polnische Bundesgenossenschaft kann ihre Bluttaufe empfangen, der neue Staat kann mit einem Rucke etwas Lebendiges, Greifbares und Wertvolles sein.

* * *

Es wird auf deutscher Seite gefragt, ob die künftige polnische Armee zuverlässig sein werde. Nach meinen Eindrücken liegt es so, das sie in dem Masse für uns zuverlässig ist, als sie polnisch national ist. Der Pole an sich ist ein guter Soldat, er tut seine Pflicht, aber er unterliegt leicht einer Suggestion einer Stimmungswelle. Man kann sich einen liberalisierten Panslavismus denken, der lockend jenseits des Grabens steht und der auch geheime Agenten im Lande unterhält. Gegen ihn reicht ein blosser Gestellungsbefehl mit Kriegsartikeln nicht aus, was aber unter allen Umständen ausreicht, ist das eigene staatliche Nationalgefühl. Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates.

Das wissen die Polen sehr genau und wollen ihre militärische Hilfe nicht allzu billig gewähren. Politisch wird man ihnen daraus keinen Vorwurf machen dürfen, nur sollen sie selber nicht vergessen, dass für die deutsche Armee ein absoluter Zwang zur polnischen Massenrekrutierung nicht besteht.

Polnische Presse.

Zur Polenproklamation der neuen russischen Regierung.

Im Warschauer „Goniec“ vom 4. ds. Mon. schreibt Redakteur Zygmunt Makowiecki: „Die Regierung hat einen Aufruf an die Polen veröffentlicht und die Vereinigung aller polnischer Länder versprochen, selbstverständlich mit Russland im Bunde und vereinigt, aber natürlich ohne die „echt russischen“ Gebiete, d. h. vermutlich ohne die polnischen Teile von Litauen, ohne Podlachien, ohne Suwałki und ohne das Chełmer Land.

Der neue russische Humbug ist als Effekt für das Ausland bestimmt, sowie für denjenigen Teil der Polen aus dem Königreiche, die alle Unbilden der Kriegszeit ertragend und in ihrer Mitte russische Provokatoren beherbergend, die Wunderdinge über Russland verbreiten, geneigt sein könnten, zu glauben, dass dort bessere Zeiten kommen werden.

Aber das neue Russland wird sich ebenso irren, wie das frühere Russland.

Wir haben schon einen realen Staat. Unsere Aufgabe besteht nun darin, ihn zu erweitern, denn ohne diese Erweiterung würden die in russischen Händen verbleibenden polnischen Länder entweder der Enteignung unterliegen, oder sie kommen in eine so verfaulte

Atmosphäre, dass sie für uns aufhören werden, einen realen Faktor zu bedeuten. Das, was in Russland vorgeht, muss uns mit Besorgniss erfüllen und sollte uns lehren, dass die einzige Antwort auf die neue Heuchelei und den neuen Zynismus Russlands, die Bildung einer grossen polnischen Armee ist, die nach den uns geraubten östlichen Grenzländern ziehen und dem revolutionären Russland beweisen wird, dass wir nicht mehr die früheren russischen Sklaven sind und nicht mehr Russland als Spielball dienen wollen."

Zur neuen Proklamation der russischen Regierung an die Polen schreibt die **„Nowa Gazeta"** vom 5. April d. J.:

„Die russische Proklamation an die Polen ist ein Produkt der Stimmung und sie soll auch auf unsere Stimmung wirken. Sie kündigt eine Konstituante in Warschau und Petersburg an, die über die Verfassung Polens entscheiden soll. Wir kennen sie noch nicht in ihrem ganzen Umfang, aber so viel ist bekannt, dass sie von dem zukünftigen unabhängigen Polen spricht, zugleich aber auch einschränkend die Unteilbarkeit Polens mit Russland in militärischer Hinsicht betont. Auch stellt sie slavische Momente in den Vordergrund. Es sind dies alles Argumente, die auf unsere Empfindungen einwirken könnten, wenn wir noch in alter Weise das Problem unseres Daseins nach Stimmungen beurteilen müssten.

In unserem Bewusstsein ist die Unabhängigkeit aber schon da. Sie ist auch als eine durch den Akt des 5. November festgestellte Tatsache da. Eine Konstituante, die über die Wahl der Richtungen unserer zukünftigen Wege entscheiden soll, ist nicht mehr nötig. Wenn das revolutionäre Russland ohne Einschränkungen erklärt hätte, dass es den schon vollzogenen Unabhängigkeitsakt anerkennt, so könnte es sich dadurch um die Sicherung des Friedens verdient machen und einer Pflicht der Gerechtigkeit Polen gegenüber entsprechen. Aber wenn man uns auf den Weg der Verteidigung des Slaventums hinweist, wenn man uns zum Kampf auf Seiten der Entente auffordert und schliesslich eine Militärkonvention ankündigt — so bedeutet das alles, dass Russland den polnischen Aktivismus von seinem bisherigen Stützpunkt verdrängen will. Es heisst dies, eine Verwirrung in die gerade Linie unserer bereits in beträchtlichem Umfange verwirklichten Aspirationen hineintragen zu wollen."

NOTIZEN.

Politisches.

Der Ausbruch der russischen Revolution hat auf die in Russland lebenden Polen einen ungeheuren Eindruck ausgeübt. In Moskau wurden 150 polnische politische Gefangene in Freiheit gesetzt.

In Petersburg wurde unter anderem Frl. Owczarek befreit, die vor 10 Jahren, samt der Heldin Krahelska, das Attentat gegen den damaligen Generalgouverneur Skałon vollführt hat. Wie anarchistisch die Zustände in Moskau und Petersburg waren, beweist die Tatsache, dass die polnischen Komitees in diesen Städten ihre eigene Miliz bilden mussten, um ihre Schulen und sonstigen Anstalten vor dem russischen Mob zu hüten.

Der bisherige Leiter der polnischen offiziösen Politik in Russland, Graf Wielopolski, ist vom Schauplatz der Oeffentlichkeit verschwunden, weil er, als Anhänger der alten Regierung, zu sehr kompromittirt war. Die Leitung der polnischen Geschäfte haben in ihre Hände die Demokraten genommen; das polnische demokratische Komitee veröffentlicht einen Aufruf, in dem erklärt wird, dass die bisherigen polnischen Mitglieder der Duma und des Staatsrates nicht mehr das Recht haben, sich als Vertreter der polnischen Nation zu betrachten. Die von der früheren Regierung verbotene Zeitung „Kurjer Nowy" erscheint wiederum unter ihrem früheren Namen „Dziennik Petrogradzki". In der ersten Nummer wird den Romanows ein Nekrolog gewidmet, in welchem sie mit den stärksten Ausdrücken als das grösste Unglück Polens geschildert werden. Die Redaktion sympatisiert mit der neuen russischen Bewegung aus humanitären Gründen.

Die Leitung der polnischen Interessen ist in die Hände des Moskauer Rechtsanwalts Lednicki übergegangen, der als früherer Kadett und Mitglied der ersten Duma das volle Vertrauen der neuen Regierung besitzt. Er wurde auch zum Vorsitzenden einer neuen Kommission zur Regelung der Polenfrage auserkoren.

In Kijow hat sich ein polnisches Komitee unter Vorsitz des Herrn Joachim Bartoszewicz gebildet, zur Leitung sämtlicher polnischen Organisationen in Südrussland. Der Vorsitzende ist Redakteur des in Kijow erscheinenden „Dziennik Kijowski", der bis jetzt Russland gegenüber eine sehr kühle Haltung eingenommen hat.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Stockholm: Sämtliche polnischen Mitglieder des russischen Reichsrates und der Reichsduma traten mit der Begründung, dass Polen als selbständiger Staat nunmehr von Russland geschieden sei, aus dem Parlament aus.

Kultur.

Das Krönungszeremoniell der polnischen Könige. Der Krakauer Universitätsprofessor Stanislaus Kutrzeba hielt vor kurzem in Warschau einen Vortrag über das Krönungszeremoniell der polnischen Könige. Der Vortragende führte u. a. aus: Die erste Krönung in Polen fand im Jahr 1025 statt (Bolesław), als letzter polnischer König wurde Stanislaus August im Jahre 1764 gekrönt. Während der Erbteilungen liessen sich die Herzöge nicht krönen, und erst im

Jahre 1320 erneuerte Ladislaus Łokietek das Krönungszeremoniell. Insgesamt wurden 27 polnische Könige und 24 Königinnen gekrönt. Das Krönungszeremoniell kam nach Polen, wie der Glaube, aus Rom und war anfangs, wie für alle katholischen Staaten, ein allgemeines und erst das in der Büchersammlung des Krakauer Domkapitels verwahrte Krönungszeremoniell (d. sog., „Ordo Romanus“), das im Jahre 1434 anlässlich der Krönung des Königs Ladislaus III. festgelegt wurde, trägt polnische Merkmale. Das Zeremoniell besteht aus der Salbung, der Ueberreichung der königlichen Isignien und dem mit dem Empfang der allerheiligsten Sakramente verbundenen Eid des Königs. Der eigentlichen Krönung ging eine feierliche, vom König in der Umgebung geistlicher und weltlicher Würdenträger am Vorabend der Krönung auf die Skalka zum Grab des hl. Stanislaus unternommene Wallfahrt voraus. Früher waren lange, bis an den Boden reichende Krönungsgewänder im Gebrauch, später ein kurzer Rock (Kubrak) und vom Jahre 1434 an Bischofsgewänder mit dem sogenannten Ornat oder dem Krönungsmantel. Die 28. Krönung fand in Warschau schon nicht mehr nach polnischer Zeremoniell statt, da der Zar Nikolaus I., als er sich zum König von Polen krönen liess, die polnische Krone, die auf dem Hochaltar lag, sich selbst aufs Haupt setzte. Nach Durchführung der feierlichen Verlautbarung der Mittelmächte über die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen wäre die 29. Krönung zu erwarten.

Vortragszyklus „Das Königreich Polen vor dem Kriege“. Die „Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ in Wien veranstaltete in der Zeit vom 28. bis 31. März einen Vortragszyklus über „Das Königreich Polen vor dem Kriege (1815—1914)“. Ihre Mitwirkung hatten zugesagt die Universitätsprofessoren, Mitglied des Herrenhauses Hofrat Dr. Stanislaus Ritter von Smolka, Reichsrats-Abgeordneter Dr. Josef Buzek, Dr. Jozef Kallenbach, Dr. Adam Krzyżanowski, Dr. Stanislaus Kutrzeba und Dr. Ludomir Ritter von Sawicki, dann der Adjunkt der k. k. Geologischen Reichsanstalt Dr. Wilhelm Petraschek, Privatdozent Dr. Eduard Strasburger und Schriftsteller Heinrich Tennenbaum. Die Vorträge wurden im Gebäude der Handels- und Gewerbekammer abgehalten und waren von schönem Erfolge gekrönt.

Verwaltung.

Die Amtssprache der Stadtverwaltungen. Eine Verordnung des Generalgouvernements bestimmt: die Geschäftssprache der Stadtverwaltungen ist Polnisch, ebenso alle Bekanntmachungen, Anordnungen, Veröffentlichungen, Urkunden. Schriftlichen Verkehr mit deutschen Behörden ist stets eine beglaubigte deutsche Uebersetzung beizufügen. Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, soweit das Bedürfnis geht, die deutsche Sprache zuzulassen, hat jedoch die Rechte

der polnischen Sprache möglichst zu berücksichtigen. Die reichsdeutschen Bürgermeister und die sonstigen reichsdeutschen Beamten sind berechtigt, sich im Gesamtdienstverkehr der deutschen Sprache zu bedienen.

Jüdisches.

Aus früheren russischen Zeiten waren in Warschau noch manche Beschränkungen betreffs der Juden zurückgeblieben; allmählich werden diese aufgehoben werden. So wurde in der letzten Zeit die Bestimmung beseitigt, nach welcher den in orthodoxe Tracht gekleideten Juden der Eintritt in den Park Łazienki verwehrt war.

Eine schwierige Frage war die Unterstützung der jüdischen Reservistenfrauen, die nur nach dem jüdischen Ritus getraut waren: es bestand nämlich kein legitimer Beweis für die Rechtsgültigkeit der Ehe. Der Warschauer Magistrat hat nun beschlossen, allen denjenigen Frauen, die ein Rabbinatsattest vorlegen können, die Unterstützung auszuzahlen.

Eine grundsätzliche Frage bildete die Sonntagsruhe. Nach einer Verfügung des Warschauer Magistrats wurde denjenigen jüdischen Kaufleuten, die am Sonnabend geschlossen haben, gestattet, am Sonntage ihre Läden bis 5 Uhr nachmittags offen zu halten.

In den letzten Märztagen hat in Warschau eine von der jüdischen Volkspartei veranstaltete „Kulturtagung" stattgefunden.

Das interessanteste an ihr ist ein Zwiespalt zwischen den Zionisten, die das hebräische als Nationalsprache betrachten, und den Nationalisten, die für das „Jüdische" eintreten. Obwohl die Zionisten die Konferenz nicht beschickten, — übrigens wurde sie auch vom sozialistischen „Bund" boykottiert — hatten die Einberufer- „Volksparteiler" nur eine sehr knappe Majorität (51 gegen 46 Stimmen). Wenn man berücksichtigt, dass auch die jüdischen Orthodoxen dieser Konferenz fernstanden, wird es ersichtlich, wie wenig Boden diese sogenannte Volkspartei hat, die in Deutschland, wenn auch wenige, aber umso lautere Anhänger zählt.

Die jüdischen Nationalisten in Łódź haben mit den deutschen Gemeinderäten eine Vereinbarung getroffen, wonach die Amtssprache des dortigen Magistrates nicht die polnische, sondern die deutsche sein soll.

Der erste jüdische Bauernvogt. In Suchocin, Kreis Plonsk, ist, wie wir dem „Nowy Kurier Łódzki" entnehmen, ein Jude, Szlome Spiegelmann, zum Gemeindewojt gewählt worden. Es ist der erste Fall, dass in Polen ein Jude solchen Posten bekleiden wird. Die Bestätigung seitens der Behörden ist bereits erfolgt.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26. XI. 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 3 Hefte vor . . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 558 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43:

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blatter" bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt".